

ISOR aktuell

Nummer 4/2005 ★ 13. Jahrgang ★ Infopreis 0,00 Euro ★ April 2005

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Erklärung des Vorstands und des Beirats der ISOR e.V. zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Im Namen der nahezu 25.000 Mitglieder der Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR (ISOR e.V.) betrachten wir den 60. Jahrestag der Beendigung des vom faschistischen Deutschland entfesselten furchtbaren Krieges am 8. Mai 1945 vor allem als Jahrestag der Befreiung der Völker Europas und auch unseres Volkes von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, von Völkermord und Rassenwahn, als Befreiung vom Faschismus.

Wir ehren die vielen im Kampf gegen das faschistische Deutschland getöteten Soldaten der alliierten Streitkräfte, insbesondere die gefallenen Soldaten der Sowjetarmee, die dabei die Hauptlast trug und die größten Opfer brachte.

Wir gedenken der Millionen jüdischer Bürger, der Sinti und Roma sowie der Angehörigen vieler anderer Völker und Gruppen, die als Folge der Machtgier und der Rassenideologie des deutschen Faschismus ermordet wurden. Wir gedenken der vielen Millionen Menschen, die auf den weltweiten Kriegsschauplätzen, in Gefangenengelägen oder durch Bomben den Tod fanden.

Wir verneigen uns vor den Opfern des faschistischen Terrorregimes in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern und würdigen den heldenhaften Kampf der antifaschistischen Widerstandskämpfer und aller Menschen, die den Mut und die Kraft hatten, sich diesem Terror entgegenzustellen.

Ihr Tod bleibt uns ewig Mahnung und Verpflichtung!

Wir wissen heute, dass Faschismus und Krieg Resultat der Profitgier des deutschen und von Teilen des internationalen Großkapitals waren, des Drangs von Politik, Wirtschaft und Militär Deutschlands nach Expansion und der Neuordnung Europas und der Welt.

Wir wissen, dass Faschismus und Krieg hätten verhindert werden können, wenn die antifaschistischen Kräfte und die Gegner von Terror und Gewalt gemeinsam gegen den verbreiteten nationalistischen Völkerrassismus, gegen Antisemitismus und Antikommunismus aufgetreten wären.

Wir erinnern heute daran, dass die im Krieg so erfolgreiche Anti-Hitler-Koalition bald nach der Zerschlagung des faschistischen Deutschlands zerbrach und sich die beiden entstandenen Weltsysteme im Kalten Krieg feindlich gegenüber standen. Die beiden deutschen Staaten wurden jeweils Bestandteil eines dieser Bünd-



nisse. Die Gefahr eines neuen Krieges und einer noch verheerenderen nuklearen Weltkatastrophe war zeitweilig sehr groß.

Die politische Entwicklung in beiden deutschen Staaten vollzog sich in dieser Zeit gelegentlich und folgte den strategischen Interessen der jeweiligen Besatzungsmächte, namentlich der USA und der Sowjetunion. Der Umgang mit belasteten Faschisten in Ost- und Westdeutschland erfolgte sehr unterschiedlich. In der SBZ und der späteren DDR wurden Nazis entmachtet, zur Verantwortung gezogen und enteignet. In den Westzonen, der späteren BRD, wurden zahlreiche Nazis als »staatserfahrene Fachleute« rehabilitiert, in die staatliche Verwaltung übernommen und landesweit erneut in verantwortliche Dienststellungen eingesetzt. Zudem wurden ihnen durch Schaffung spezieller gesetzlicher Regelungen großzügige Pensionsansprüche gesichert.

Aus Anlass des 60. Jahrestages der Befreiung veranstaltet die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM) am 7. Mai 2005 um 17.00 Uhr im Theater Karlshorst

ein festliches Konzert.

Daran wirken mit: Der Arbeiter- und Veterandenchor Neukölln, der Hans-Beimler-Chor Berlin, der Ernst-Busch-Chor Berlin und das Schalmeienorchester »Fritz Weineck« Berlin. Karten zum Preis von 8 €, Kinder 4 €, sind erhältlich an der Theaterkasse, Tel.: 5088088 und in der GBM-Geschäftsstelle Weitlingstraße 89, Tel.: 5578397

Die Gründergeneration der DDR – darunter auch viele der von ISOR e.V. vertretenen ehemaligen Angehörigen der KVP/NVA, der Deutschen Volkspolizei und der anderen Zweige des MdI, des MfS und des AZKW, der späteren Zollverwaltung der DDR waren mehrheitlich Antifaschisten, die in KZ's und Zuchthäusern überlebt, an der Front bzw. als Partisanen und Kundschafter der Antihitlerkoalition gekämpft oder politisch in der Emigration gewirkt hatten.

Nach dem Anschluss an die kapitalistische BRD wurden nicht nur die Eigentumsverhältnisse in der DDR grundsätzlich verändert und alle Schaltstellen in Staat, Wirtschaft, Politik, Militär und Justiz neu besetzt, sondern auch die Geschichte, die Ideologie, die Gesellschaftswissenschaften und die dazugehörige Terminologie umgedeutet und neu interpretiert.

Die DDR wird zur »Nachfolgediktatur« und zum »Unrechtsstaat« erklärt. Das geeinte Deutschland beteiligt sich nun wieder an Interventionen und Kriegen. Die Drohung und Anwendung von Gewalt sind wieder Bestandteil deutscher Politik geworden.

Im Zuge dieser Entwicklung fanden sich schon vor Jahren genügend neue Brandstifter, die in ehemaligen Nazigrößen Leitbilder und in der faschistischen Ideologie eine Anleitung zum Handeln sahen. Das Besorgnis erregende daran ist, dass ihre Anhängerschaft wächst und jünger wird. Es geht heute darum, den sich zunehmend entwickelnden faschistischen Strukturen entschiedenen Widerstand entgegen zu setzen.

Die Deutschen aller Generationen haben wegen der jüngeren Geschichte eine besondere Verantwortung. Wir dürfen Neofaschismus und Völkerhetze nicht zulassen.

Wir, die Mitglieder der ISOR e.V., nehmen den 60. Jahrestag des Tages der Befreiung erneut zum Anlass, den Auftrag der Völker der Antihitlerkoalition und den Schwur der befreiten Häftlinge des KZ Buchenwald zum Leitsatz unseres Denkens und Handelns zu erklären:

**»Nie wieder Faschismus,
nie wieder Krieg!«**

Berlin, 30. März 2005

Aus der Arbeit des Vorstands:

Bericht über die gemeinsame Beratung von Vorstand und Beirat am 30.03.2005

Prof. Wolfgang Edelmann berichtete über den erreichten Stand bei der Klärung der Einkommens- und Versorgungsverhältnisse im ehemaligen MfS der DDR. Er bewertete es als einen großen Erfolg der Mitglieder der ISOR, die sich mit Petitionen an den Bundestag oder Protestschreiben direkt an das Bundesverwaltungsamt und die Birthler-Behörde gewandt hatten, wenn die ursprünglich strikte Verweigerung der Datenherausgabe überwunden werden konnte. Auch wenn bisher noch keine Unterlagen übergeben wurden, bestehen gute Chancen, dass im II. Quartal mit einer systematischen Auswertung begonnen werden kann.

Hervorragend unterstützt durch sachkundige ehemalige Mitarbeiter des MdI wurde begonnen, zu Vergleichszwecken erforderliche Unterlagen des MdI aus dem Bundesarchiv zu sichten und zu analysieren. Analog dazu werden Fachleute der NVA im April dieses Jahres Recherchen in den Beständen des Militärarchivs in Freiburg/Breisgau unterstützen. Die Eröffnung einer möglichst breiten und aussagefähigen Datenbasis ist die wichtigste Voraussetzung für eine unvoreingenommene Wertung in Gutachten. Kontakte zu entsprechend anerkannten, neutralen wissenschaftlichen Instituten, die für eine Begutachtung infrage kommen, wurden bereits aufgenommen.

Erst nach der Erarbeitung der Gutachten kann entschieden werden, auf welche neuen rechtserheblichen Tatsachen sich ein erneuter Gang zum Bundesverfassungsgericht stützen kann.

Hauptgegenstand der Beratung war die Vorbereitung der satzungsgemäß einzuberuhenden Vertreterversammlung für 2005. Es wurde beschlossen, dass diese am 12. November 2005 in Berlin stattfinden wird. Dazu müssen die Vertreter der TIG in der in der Satzung festgelegten Anzahl neu gewählt werden. Es ist sinnvoll, diese Wahlversammlungen für Rechenschaftslegungen in den TIG und die Wahl neuer Vorstände von TIG mit zu nutzen. Der Vorstand orientiert darauf, die Wahlbewegung in den TIG im April 2005 zu eröffnen und bis zum September 2005 abzuschließen.

Die gewählten Delegierten sind bis zum 14.10.05 an die ISOR-Geschäftsstelle zu melden.

Die wichtigste Aufgabe der Vertreterkonferenz ist die Wahl des Vorstandes sowie der Revisionskommission. Die Mitglieder der ISOR und die TIG sind aufgefordert, Bewerbungen und Vorschläge für den ISOR-Vorstand bis zum 30.09.2005 bei der Geschäftsstelle einzureichen. Da nach der Vertreterversammlung auch der Beirat von ISOR neu zu berufen ist, wird

darum gebeten, ebenfalls bis zum 30.09.05 entsprechende Bewerbungen bzw. Vorschläge bei der Geschäftsstelle einzureichen.

Da nur die Vertreterversammlung befugt ist, die Satzung der ISOR zu verändern, werden Mitglieder bzw. TIG, die Vorschläge zur Änderung der Satzung unterbreiten möchten, aufgefordert, diese mit entsprechender Begründung bis spätestens zum 30.09.2005 bei der Geschäftsstelle einzureichen. Neben Arbeitsgruppen zur Vorbereitung der Wahl, des Referates und der Entschließung hat der Vorstand auch eine Arbeitsgruppe zur Überprüfung bzw. Überarbeitung der Satzung eingesetzt. Diese unter Leitung von Prof. Horst Bischoff stehende Arbeitsgruppe nimmt noch im April 2005 ihre Tätigkeit auf.

Mitglieder des Vorstands und des Beirats berichteten in der Diskussion, wie in einer Reihe von TIG durch aktive Einflussnahme, Hilfe und Kontrolle der Vorstände die Absendung einer erheblichen Zahl von individuell abgefassten Petitionen erreicht werden konnte (z.B. in Rostock ca. 500, in Gera 330 und in Magdeburg ca. 300).

Sie berichteten weiter, wie ausgehend vom **ISOR aktuell** Nr. 3/05 veröffentlichten »Offenen Brief« begonnen wurde, neue Mitglieder für ISOR zu gewinnen. Es wurden Initia-

tiven ergriffen, um durch ehemalige Verantwortungsträger und durch anerkannte Angehörige von Kollektiven noch abseits stehenden ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS die Ziele der ISOR nahe zu bringen und sie für eine Mitgliedschaft zu gewinnen. Vorstand und Beirat orientieren auf eine Fortsetzung und Verstärkung solcher Initiativen.

Ausgehend von einem Bericht von Horst Parton über sein Auftreten vor der Mitgliederversammlung der »Initiative für gerechte Altersversorgung« (IGA) unterstrichen die Mitglieder des Vorstands und des Beirats ihre Auffassung, geduldig und konstruktiv an der Stärkung von Gemeinsamkeiten zu arbeiten. Sie sind der Überzeugung, dass die gemeinsamen Anstrengungen zur Klärung der Einkommensverhältnisse im ehem. MfS die sachliche Diskussion weiter befördern und realistische Positionen stärken werden. Möglicherweise zeichnen sich bereits zum Termin der Vertreterversammlung im November 2005 die Konturen der weiteren juristischen Argumentation ab.

Ein Vorschlag, angesichts der absehbaren finanziellen Belastung der ISOR die Mitgliedsbeiträge zu erhöhen, wurde verworfen. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Beitragsordnung bereits jetzt zulässt, freiwillig höhere Beiträge zu zahlen und davon auch Gebrauch gemacht werde. Andererseits nimmt die Zahl der Mitglieder zu, deren Beiträge aus sozialen Gründen reduziert werden müssen.

Wolfgang Schmidt

Rentenrecht à la Wiefelspütz

In unserer Ausgabe Nr. 2/2005 berichteten wir von einem Schreiben, das Siegfried Volkelt aus Berlin an den innenpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag, Dr. Dieter Wiefelspütz, gerichtet hatte. Anlass war die Fernsehsendung »Hart aber fair« vom 15.12.2004, in der Herr Dr. Wiefelspütz behauptet hatte, dass es nach geltendem Recht für alle Deutschen keine Vermengung von Sozial- und Strafrecht geben würde. Auch ein Verbrecher könne im Alter über das verfügen, was er sich erarbeitet habe.

Daraufhin auf die Strafreten für ehemalige Mitarbeiter des MfS angesprochen, antwortete Dr. Wiefelspütz am 03.03.2005 Siegfried Volkelt und weiteren ISOR-Mitgliedern, die sich in gleicher Angelegenheit an ihn gewandt hatten, mit einem Text, den vor ihm schon die SPD-Fraktion fast wortgleich versandt hatte. Bei mehr als 200 Zuschriften sei ihm eine individuelle Antwort nicht möglich. Die angeführten Argumente sind dabei weder neu noch original.

So bittet Herr Dr. Wiefelspütz zu berücksichtigen, »dass diejenigen, die in der DDR aus po-

litischen Gründen ihr angestrebtes Berufsziel nicht erreichen konnten, und somit vielleicht auch Einbußen in ihrer Rente erleiden müssen, kein Verständnis dafür aufbrächten, wenn bei ehemaligen Angehörigen des MfS eine Leistungsbegrenzung nur durch die Beitragsbemessungsgrenze erfolgte ...«

Leider gehören die Ergebnisse von Rehabilitierungsverfahren nach 1990 zu den bestgehüteten Staatsgeheimnissen der BRD. Die genaue Zahl solcher Opfer ist vielleicht auch deshalb nicht öffentlich, weil sich ein Vergleich mit den Opfern der Berufsverbotspraxis in der Alt-BRD anbieten würde.

Erneut wird die dem MfS zugeordnete Südenbock-Rolle deutlich. Bei Zulassungen zur Erweiterten Oberschule oder zum Studium gab es keine »Regelanfrage« an das MfS. Das MfS hat sich in diese Fragen nur in begründeten Ausnahmen eingemischt und auch dann noch oft, um sektiererische Entscheidungen von Partei- und Schulfunktionären, z.B. bei Kindern von Pfarrern und Medizinern in deren Interesse zu korrigieren. Selbst aus der Haft entlassene Personen hatten in der DDR eine berufliche

► Fortsetzung auf Seite 3

► Fortsetzung von Seite 2

Perspektive und wurden vielfach ihrer Qualifikation entsprechend eingesetzt. Ansonsten scheint Herr Dr. Wiefelstütz nicht gelesen zu haben, was das Bundesverfassungsgericht von seiner famosen Argumentation hält. Im sog. E 3-Urteil heißt es nämlich: »...Der Gesetzgeber kann sich zur verfassungsrechtlichen Rechtfertigung der von ihm getroffenen Regelungen nicht darauf berufen, die Opfer des SED-Regimes erhielten auf der Grundlage des Geset-

zes über die berufliche Rehabilitierung oft nur eine sehr geringe Altersversorgung; deswegen seien die Kürzungen in § 6 Abs. 2 und 3 AAÜG ein Gebot der Gerechtigkeit und lägen im Interesse der politischen Akzeptanz. Damit wird ein Zusammenhang hergestellt, der verfassungsrechtlich zur Rechtfertigung der hier festgestellten Ungleichbehandlung nicht trägt. Es ist Sache des Gesetzgebers, Änderungen in der Altersversorgung der Opfer des SED-Regimes herbeizuführen, wenn sich im Zuge der Renten-

überleitung eine Rechtslage ergibt, die im Verhältnis zu den Menschen, die in der Deutschen Demokratischen Republik berufliches Unrecht erfahren haben, als nicht hinnehmbar angesehen wird. Unausgewogenheit in der Altersversorgung kann nicht dazu gereichen, die Beibehaltung einer gleichheitswidrigen Rentenkürzung zu legitimieren.“ (BVerfG 1 BvL 3/98 vom 23.06.2004, Absatz 78) Den Rest der Antwort kann man getrost vergessen.

Wolfgang Schmidt



TIG Strausberg: Die Ausführungen von Horst Parton zur Vertreterversammlung im Oktober, die veröffentlichten Diskussionsbeiträge, sowie die Hinweise von Wolfgang Schmidt zum Schreiben der Petitionen waren eine gute Hilfe für meine Arbeit mit den Mitgliedern der von mir betreuten Gruppe. Alle 14 Mitglieder wurden von mir angesprochen, und ihnen wurde Hilfe bei der Formulierung Ihrer Schreiben gegeben. Ich habe auch in meiner Verwandtschaft sowie bei Freunden und bei ehemaligen Arbeitskollegen um Unterstützung meines Anliegens gebeten. Ich würde auf diesem Weg alle Freunde anregen, auch in ihrem Freundeskreis eine solche Unterstützung zu erbitten. Hier ist doch eine gute Möglichkeit vorhanden, den massenhaften Druck auf die Regierenden zu verstärken.

Zur **ISOR aktuell** vom Februar möchte ich sagen, daß mir die Erläuterung zum Sozialreport 50 + 2005 sehr gefallen hat. Die Ausführungen sind sehr hilfreich für die Diskussion mit Mitgliedern und Sympathisanten. Des weiteren hat mir der Brief unseres Freundes Siegfried Volkelt an den SPD-Bundestagsabgeordneten Wiefelstütz sehr gefallen. Er ist eine gute Unterstützung bei Gesprächen mit Mitgliedern.
Harry Naujeck



Internationaler Frauentag 2005 in Cottbus: Lang, lang ist es her, dass so viele Frauen anlässlich des Internationalen Frauentages an einer festlich geschmückten Kaffeetafel Platz genommen haben. Auf Initiative mehrerer Frauen von Frauenkommissionen der ehemaligen bewaffneten Organe von Cottbus wurde zu einer Feier zum 8. März eingeladen. Schon in der Vorbereitungsphase konnten wir feststellen, dass das Interesse für eine derartige Veranstaltung sehr groß war. Dann war es endlich soweit. Ca. 60 ehemalige Mitarbeiterinnen und Witwen der Angehörigen der bewaffneten Organe (ISOR-Mitglieder, aber auch Nichtmitglieder) trafen sich zu einem gemütlichen Beisammensein bei festlich geschmückter Kaffee-

tafel mit Musik und Tanz. Es wurden natürlich Erinnerungen ausgetauscht und Erfahrungen vermittelt. Die Wiedersehensfreude war groß. Nach mehr als drei Stunden trennten wir uns wieder. Über eines herrschte Übereinstimmung: bis zum nächsten Wiedersehen sollen nicht wieder 15 Jahre vergehen. Wir wollen uns nun jährlich einmal treffen.

Wir danken dem Vorstand unserer TIG und dem Vorstand der ISOR e.V. für die Hilfe und Unterstützung in Vorbereitung und Durchführung unseres Frauentages. Die Frauen des Organisationsteams wollen sich auch weiter für die Belange der Frauen einsetzen. Außerdem werden wir dem Vorstand unserer TIG weiter Unterstützung und Hilfe geben.

Christa Ziegler, Mitglied des TIG Vorstands

Nachsatz: Liebe Frauen, der Vorstand der TIG Cottbus sagt allen Organisatoren und Teilnehmern dieser Veranstaltung herzlichen Dank. Wir sind davon überzeugt, dass Ihr das Versprechen, weiter aktiv für die Ziele unseres Vereins zu arbeiten, einhalten werdet. Die Unterstützung seitens des TIG-Vorstands ist gegeben. Werner Schmidt, TIG-Vorsitzender



Am 26.02.05 führte die TIG Frankfurt/O im Gebäude der Europa-Universität Viadrina eine Mitgliederversammlung durch. Etwa 150 Vereinsmitglieder und Gäste (PDS, DBwV, BGV, GRH, Volkssolidarität) sowie Vertreter der TIG Fürstenwalde, Beeskow und Seelow folgten aufmerksam den Ausführungen unseres Vereinsvorsitzenden Horst Parton. Die Mitgliederversammlung demonstrierte die Einmütigkeit und Entschlossenheit, unseren Kampf bis zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts fortzusetzen, auch wenn dabei neue Wege gegangen werden müssen und schnelle Erfolge nicht in Sicht sind. Es wurde unterstrichen, dass es nötig ist, den politischen Druck durch massenhafte Petitionen zur Schaffung von Rentengerechtigkeit und zur Herausgabe der MfS-

Lohnunterlagen durch die Bundesbehörden weiter zu erhöhen. Obwohl in unserer TIG die Beteiligung am Petitionsversand gut ist, wird der Vorstand unsere Mitglieder weiter aktiv beim Abfassen von Petitionen unterstützen, damit jeder seinen Beitrag leisten kann. Klar wurde auch – wir brauchen eine neue Offensive der Mitgliedergewinnung, nicht zuletzt, um unsere Finanzkraft weiter zu stärken. Im Schlusswort ging unser neuer TIG-Vorsitzender Klaus Ohmert noch einmal auf unser gemeinsames Handeln ein, wir werden weiter aktiv um Rentengerechtigkeit und gegen Sozialabbau in der BRD kämpfen. Jürgen Goebel



Die TIG Schwerin zog auf ihrer Mitgliederversammlung am 2. März eine erste Bilanz ihrer Arbeit seit der außerordentlichen Vertreterkonferenz vom 08.10.04. Vorausgegangen war eine Etappe politischer und organisatorischer Arbeit zur Umsetzung unserer eigenen Aufgabenstellung, mit mindestens 200 Petitionen an den Petitionsausschuß des Bundestages unseres Beitrag in der gegenwärtigen Etappe des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht zu leisten. Dabei kam den Betreuern die umfangreiche Aufgabe zu, in individuellen Gesprächen die erforderliche Unterstützung zu geben, insbesondere den Älteren und Kranken auch direkte Hilfe bei der Auffassung ihrer Petitionen. Unterstützt wurden sie von den Vorstandsmitgliedern, die Ansprechpartner für jeweils einen oder mehrere Betreuer waren.

Das Ergebnis hat die Mühe gelohnt. Bis 2. März wurden insgesamt 351 Petitionen und 261 Schreiben an das Bundesverwaltungsamt und die Birthlbehörde zur Herausgabe relevanter Daten geschickt.

Erfreulich, daß nicht nur Mitglieder der TIG geschrieben haben; knapp ein Drittel der Petenten waren Sympathisanten, Familienangehörige, Bekannte und auch ehemalige Angehörige, die noch nicht den Weg zu ISOR gefunden haben.

In den nächsten Wochen wollen wir das Ergebnis noch weiter verbessern. Dazu wurden die Mitglieder durch den TIG-Vorsitzenden Lothar Voigt ebenso wie durch den Landesbeauftragten Siegfried Felgner motiviert, der zur

► Fortsetzung auf Seite 4

► Fortsetzung von Seite 3

Arbeit nach den jüngsten BVerfG-Urteilen und den weiteren Aufgaben sprach. Mit Genugtuung vernahmen die Mitglieder, dass auch oder vor allem unter dem Druck ihrer Petitionen und Schreiben die bisherige Blockadehaltung von Bundesverwaltungsamt und Birthlerbehörde zu brechen scheint.

Neben dem Schreiben von Petitionen rückt die Gewinnung neuer Mitglieder mehr in den Vordergrund, um ihre Zahl angesichts des hohen Durchschnittsalters möglichst konstant zu halten oder sogar noch zu erhöhen. Schön, dass bei dieser Gelegenheit 13 Neuaufnahmen bekanntgegeben werden konnten. Wie schon oft und bewährt bei wichtigen Themen, waren zur Versammlung der TIG Schwerin auch Abgesandte aus sechs umliegenden TIG's mit ehemaligen Verantwortungsträgern zugegen. Siegfried Felgner führte mit ihnen schon vor der Versammlung eine Beratung zu ihren spezifischen Problemen durch. *Hans-D. Fieger*



Ausgehend von der Aufgabenstellung unserer Mitgliederversammlung im Dezember 2004 stand in den letzten Monaten die Erarbeitung und Versendung von Petitionen an den Petitionsausschuss des Bundestages und Forderungsschreiben an das Bundesverwaltungsamt und die Birthlerbehörde im Mittelpunkt der Arbeit unserer TIG Waren/Röbel.

Durch die gebildete Arbeitsgruppe und das persönliche Engagement einiger Mitglieder wurde mit viel Zeitaufwand diese Arbeit organisiert. Es wurden viele Gespräche zur Abfassung individueller Petitionen geführt. Bei älteren Mitgliedern wurden die Petitionen und Forderungsschreiben von Mitgliedern der Arbeitsgruppe erarbeitet. Durch die zielgerichtete Arbeit konnten wir bisher erreichen, dass 95 Prozent der Mitglieder unserer TIG Petitionen und Forderungsschreiben abgesandt haben. Außerdem wurden von Ehefrauen, Kindern, Freunden und Mitgliedern der PDS 32 Petitionen an den Petitionsausschuss des Bundestages geschickt. Bei der Erarbeitung dieser Petitionen wurde von der Arbeitsgruppe auch Hilfe und Unterstützung gegeben.

Ein derartiges Ergebnis ist einmalig in unserer TIG. Es zeigt, dass durch gute Organisation und Arbeit an der Basis sowie persönliche Gespräche mit den Mitgliedern viel erreicht werden kann. *Kurt Roß, Vorsitzender*



Am 22. März führten wir in unserer TIG Merseburg eine Beratung durch. Dabei befassten wir uns vor allem mit der Auswertung des »Offenen Briefes« der Beratung vom 16.02.05 in Berlin sowie der sich daraus ergebenden Aufgaben für die weitere Arbeit in unserer TIG.

Schwerpunkt legten wir dabei besonders auf die Mitarbeit aller Mitglieder bei der Gewinnung noch abseits stehender ehemaliger Angehöriger des MfS. Dass sich dabei im 1. Quartal d.J. die ersten Erfolge einstellten, wurde besonders durch die Intensivierung von persönlichen Gesprächen erreicht. So haben wir inzwischen vier neue Mitglieder gewinnen können.

Auch die Frage der verstärkten Arbeit zur Erhöhung des Drucks auf die verantwortlichen Abgeordneten in Bund und Ländern zur Freigabe aller erforderlichen Unterlagen über die realen Einkommensverhältnisse aller ehemaligen Angehörigen des MfS durch die Birthlerbehörde stand im Gespräch. So wollen wir erreichen, dass alle Mitglieder unserer TIG ihre persönliche Forderung an den Petitionsausschuss schicken.

Waldemar Schmidt

Aus der Postmappe:

Erlebte Solidarität!

Dr. Joachim Mitdank informierte uns, dass er sich in Briefen an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin Walter Momper und die Vorsitzenden der Fraktionen im Abgeordnetenhaus für die umgehende Beendigung der Ausgrenzung von ehemaligen DDR-Bürgern und die vollständige Beseitigung des Rentenstrafrechts eingesetzt habe. In den Briefen heißt es :

»Als Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin erklärten Sie im November 2002 bei einer Kranzniederlegung im ehemaligen KZ Stutthof, Erinnerung und Trauer über die Opfer des deutschen Faschismus würden nur dann glaubhaft sein, wenn sie mit entsprechenden Taten verbunden werden. In diesem Zusammenhang knüpften Sie an Erklärungen an, die Sie als Regierender Bürgermeister abgegeben hatten, wonach es gelte, einen Weg zu finden, „auf dem die ganze Nation in den erneuerten Gesamtstaat gehen könnte“. Ausdrücklich wurde betont, daß dazu auch die Funktionäre der DDR gehören.

Gemeinsam mit dem ehemaligen Staatssekretär des Senats, Prof. Dr. Schröder, vertraten Sie während der Diskussion um die Überleitung des DDR-Rentensystems in das Rentensystem der BRD entschieden den Standpunkt, es dürfe keine erneute Ausgrenzung von Menschen zugelassen werden, denn Ausgrenzung war eine der schlimmsten Traditionen deutscher Geschichte. Sie traten damals auch dafür ein, die berechtigten Interessen aller Deutschen zu bedenken und eine »kollektive Abschaffung abzuwehren“, – Worte, die ihrer Erfüllung harren. Nach der staatsrechtlichen Herstellung der Einheit Deutschlands vollzog sich die Entwicklung leider in einer anderen Richtung. Zehntausende ehemalige Bürger der

DDR wurden beruflich ausgegrenzt, politisch diffamiert und obendrein mit dem Rentenstrafrecht belegt.«...

»Im Hinblick auf den bevorstehenden 60. Jahrestag der Befreiung Europas vom Faschismus am 8. Mai 1945 wäre es von großer Bedeutung, wenn Sie, Herr Präsident, und das Berliner Abgeordnetenhaus sich in dieser Weise engagieren würden. Zugleich wäre das Eintreten für die umgehende Abschaffung des Rentenstrafrechts in seiner Gesamtheit ein positives Signal zur Verständigung und zur Schaffung der inneren Einheit, was sicherlich große Resonanz im Osten und Westen Europas finden würde.«



Nachträglich herzlichen Glückwunsch!

Anlässlich des 75. Geburtstages von Charlotte Staudte überbrachte unser Vorsitzender Horst Parton persönlich die Glückwünsche des Vorstandes und würdigte ihre Verdienste als Gründungsmitglied und Vorsitzende seit Bestehen der TIG Dresden.

In Anwesenheit unserer Betreuer/Kassierer, vieler Mitglieder und Vorsitzender von befreundeten Vereinen/Verbänden informierte Horst Parton über die Aktivitäten tausender Mitglieder durch ihre Petitionen und bereits hoffnungsvoller Antworten sowie über den Offenen Brief, siehe ISOR aktuell Nr. 3/05 Besonders dankte er für die aktive Solidarität durch Mitglieder anderer bewaffneter Organe und Vereine. *Hardy Anders, TIG Dresden*



Hier ein paar Gedanken zum »Offenen Brief« an alle Mitarbeiter des MfS, abgedruckt in der Nr. 03/05. Ich möchte mich als Angehöriger der Kriminalpolizei besonders auf den Punkt konzentrieren im Brief: »Weist Lügen und Verleumdungen über die DDR und das MfS/AfNS sachlich und entschieden zurück; helft, die Wahrheit zu verbreiten.«

Am besten lässt sich das anhand von Beispielen erläutern, deren es sicher Tausende gibt. Nur müssen sie einer Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Vielleicht kann so etwas unter ISOR gesammelt und publiziert werden. Ich möchte ein Beispiel schildern: Anfang der 60-er Jahre mehrten sich Diebstähle aus Kirchen, so dass seitens der Kriminalpolizei im Zusammenwirken mit den Kirchenleitungen und Pfarrern Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurden. Etwa 1970/74 ereignete sich in einer Kirche im Kreis Saalfeld ein Einbruchsdiebstahl, wobei sechs wertvolle Heiligenfiguren entwendet wurden. Die Ermittlungen verliefen zunächst ergebnislos. Ich war zu dieser Zeit im dortigen VPKA für die Bekämpfung der schweren Kriminalität zuständig. Eines Tages wurden der Leiter des VPKA und ich zum Leiter der Kreis-

► Fortsetzung von Seite 4

dienststelle des MfS gebeten. Kurz und präzise erläuterte er uns folgenden Sachverhalt: An einem bestimmten Tag passiert ein PKW Marke Wartburg, pol. Kennzeichen bekannt, die Straße von Pößneck über Saalfeld in Richtung Probstzella – die Grenze zur BRD. Dort findet ihr Diebesgut aus einem Kircheneinbruch. Es soll in die BRD geschafft werden. Da dieser Tatbestand in den Bereich der Kriminalpolizei fällt, ist das Weitere eure Aufgabe. Gesagt, getan. Im Zusammenwirken mit der Verkehrspolizei erfolgte eine länger währende Straßenkontrolle. Als das angegebene Fahrzeug ankam, schlugen unsere Kräfte der Kriminalpolizei zu, im Kofferraum fanden wir die 6 Heiligenfiguren, die Täter wurden festgenommen und der zuständigen Spezialkommission der Bezirksbehörde überstellt. Nach Abschluß der Ermittlungen erfolgte die Übergabe des Diebesgutes in

feierlicher Form in den Räumen der Superintendenz unter breiter Einbeziehung der Öffentlichkeit.

In der örtlichen Presse wurde das Aufklärungsergebnis der Kräfte der Deutschen Volkspolizei gewürdigt. Kein Wort, dass der entscheidende Hinweis von den Mitarbeitern des MfS kam!

**Siegfried Mikut,
Kriminahauptkommissar a.D.**

Bei anderen gelesen:

Aus GRH-Mitteilungen 3-05: TAG Köpenick: Die erneute Verweigerung der Rentengerechtigkeit für die ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS durch den Beschuß des BVerfG vom 22. Juni 2004 ist für die Mitglieder der TAG Anlass, ihre feste solidarische Verbundenheit mit den Betroffenen zu bekunden. Wir wissen aus eigener Erfahrung, dass es den jahrelangen po-

litischen und rechtlichen Einsatz vieler Freunde zu danken ist, dass das BVerfG die Rentenkürzung teilweise für verfassungswidrig erklären mußte. Ebenso schätzenvwert war und ist der Kampf gegen die politische Strafverfolgung. Gerade deshalb unterstützen wir alle politischen und juristischen Anstrengungen zur vollständigen Beseitigung des Rentenstrafrechts gegenüber dem Personenkreis des Sonderversorgungssystems. Die meisten nicht oder nicht mehr vom Rentenrecht betroffenen Mitglieder unserer TAG sind der Empfehlung gefolgt und haben sich bereits mit Eingaben an den Petitionsausschuss des Bundestages gewandt. Ausgehend von den »Orientierungen« des Vorstandes der GRH wollen wir unsere solidarischen Beziehungen zur TIG von ISOR im sozialen Arbeitskreis Treptow/Köpenick weiter festigen bzw. verstärken. **Dr. Wilhelm Schartau**



ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 98. Geburtstag:

Else Berndt, Bln.-Fr'felde
Alfred Breuer, Meißen

zum 92. Geburtstag:

Alfred Becker, Bln.-Fr'hain

zum 91. Geburtstag:

Kurt Koch, Suhl
Elli Wachs, Erfurt

zum 90. Geburtstag:

Elfriede Ache, Suhl
Willi Michel, Potsdam-Zentrum

zum 86. Geburtstag:

Fritz Thon, Erfurt

zum 85. Geburtstag:

Margarete Callmuth, Bln.-Mitte
Charlotte Diebel, Leipzig
Paul Greiling, Bad Langensalza
Friedrich Hoppe, Bln.-Köpenick
Fritz Hüttner, Karkow
Margarethe Püttker, Magdeburg
Karl Schleicher, Leipzig
Arthur Schnabel, Lichtenstein
Kurt Schulze, Güstrow
Heinz Sievert, Bln.-Lichtenberg
Siegfried Weber, Bln.-Weißensee

zum 80. Geburtstag

Harry Bauer, Rostock
Fritz Behnke, Angermünde
Horst Brösgen, Halle
Gertrud Brunk, Bln.-Hschh.
Heinz Büchner, Bln.-Weißensee

Rudi Eisold, Bernau
Herta Feierabend,
Aschersl./Staßfurt

Ilse Fischer, Bln.-Fr'felde
Otto Giese, Salzwedel

Walburga Hannawald, Schwerin
Ruth Hesse, Bln.-Fr'felde

Gisela Klabunde, Potsdam-West
Waltraut Klunker, Dresden

Waltraud Kunze, Pirna-Sonnenst.

Heinz Kupfer, Dresden
Ursula Lehnhardt, Bln.-Fr'hain

Elfriede Naumann, Bln.-Fr'felde

Manfred Pitzer, Chemnitz

Horst Pomp, Chemnitz

Christine Preissing, Bln.-Treptow

Irmgard Reiche, Wolfen

Siegfried Reuter, Bln.-Hschh.

Horst Ribbecke, Schwerin

Lothar Rothe, Eisenach

Konrad Seiler, Bln.-Treptow

Horst Stechbarth, Potsdam

Lotte Tietz, Fredersdorf

Herbert Tilse, Perleberg/Priegnitz

Waltraud Treßelt, Bln.-Hschh.

zum 75. Geburtstag:

Friedrich Alexandrin, Schwerin
Edith Anschütz, Kagel
Armin Bahle, Bln.-Treptow
Horst Balnuweit, Gera
Günter Barber, Bln.-Fr'felde
Karl-Heinz Beßler, Bln.-Hellersd.
Horst Bornstein, Bln.-Lichtenberg
Heinz Bretzke, Plauen
Edith Bust, Bln.-Marzahn

Heinz Buttmann, Bln.-Treptow
Oswald Bönisch, Flöha

Horst Ebersbach, Bestensee

Manfred Ebert, Bln.-Fr'hain

Margot Eibl, Bilsingsleben

Elfriede Enke, Suhl

Ehrentraut Felsch, Bln.-Fr'felde

Ingeborg Franke, Dresden

Willi Fuhrmeister, Strausberg

Wilhelm Gehrke, Pasewalk

Egon Gnauck, Bischofswerda

Lotte Goldhahn, Halle

Kurt Gremm, Magdeburg

Kurt Grimm, Hettstedt

Gerhard Gundermann, Bln.-Mitte

Waltraut Heer, Meiningen

Rosemarie Heinzel, Bln.-Fr'felde

Horst Hiecke, Bln.-Hellersdorf

Waltraud Hillger, Magdeburg

Otto Hippe, Bln.-Köpenick

Heinz Hochmuth, Strausberg

Gerhart Hofmann, Bln.-Fr'felde

Peter Hoppen, Merseburg

Walter Illhardt, Eisenach

Inge Irion, Bln.-Marzahn

Dr. Werner Irmler, Bln.-Hschh.

Horst Jacob, Oranienburg

Helga Kasten, Plauen

Armin Kessler, Bln.-Hschh.

Charlotte Krahn, Bln.-Mitte

Günter Krause, Potsdam/Waldst.

Anni Krüger, Schwerin

Werner Kursawe, Bln.-Pankow

Helmut Kurze, Bln.-Fr'felde

Christa Lindner, Dresden

Renate Luleich, Bad Wurzach

Erika Lupke, Bln.-Marzahn
Werner Mädler, Angermünde
Helmut Marvan, Bln.-Fr'felde
Hanna Meuschke, Meerane
Horst Niebergall, Eichwalde
Inge Nitschke, Erfurt
Werner Otto, Dresden
Ilse Rister, Frankfurt/O.
Erika Rost, Bln.-Köpenick
Manfred Rothe, Bln.-Hschh.
Erich Rümmler, Bln.-Marzahn
Ursula Sachse, Potsdam-Drewitz
Herbert Schenker, Chemnitz
Fritz Schmelzer, Gera
Helmut Schmidt, Benndorf
Hans Schubert, Guben
Edith Schurzig, Bln.-Lichtenberg
Gerhard Schwarz, Golm
Erich Schwerdfeger, Erkner
Siegfried Seidel, Bln.-Mitte
Lothar Simon, Leipzig
Heino Sonntag, Löbau
Ralf Stein, Chemnitz
Ilona Stejskal, Dresden
Horst Tanz, Leipzig
Hans Taraschonnek, Erkner
Heinz Thimm, Schwerin
Johanna Trost, Erfurt
Christa Uhlig, Bln.-Karlshorst
Harry Ulrich, Plauen
Eberhard Walther, Bln.-Hschh.
Günter Walther, Bln.-Hellersdorf
Gottfried Weissbach, Chemnitz
Heinz Wienke, Aschersl./Staßfurt
Kurt Woltersdorf, Fürstenwalde
Gisela Ziegenrücker, Erfurt

Volkssolidarität fordert Renten-anpassung in diesem Jahr

Die Renten müssen zum 1.Juli dieses Jahres bundesweit in Höhe der allgemeinen Teuerungsrate angepasst werden. Damit verbunden sollte ein angemessener Schritt in Richtung Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an den Rentenwert West gemacht werden. Das fordert der Bundesvorstand der Volkssolidarität in einem am Montag abgeschickten Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder.

In dem Schreiben heißt es unter anderem: »Wir können nur davor warnen, den Bogen der Belastungen für Rentnerinnen und Rentner zu überspannen.« Die volle Beitragszahlung von 1,7 Prozent zur Pflegeversicherung, die »Nullrundex 2004 ohne Inflationsausgleich, die zusätzlichen Belastungen durch die »Gesundheitsreform« (Praxisgebühr, Zuzahlungen, Streichung von Leistungen), die volle Beitragszahlung zur Krankenversicherung bei Betriebsrenten und Versorgungsbezügen sowie der Sonderbeitrag für Zahnersatz und Krankengeld ab 1. Juli 2005 wirken in der Summe lebensstandard- und lebensqualitätssenkend.

Weiter heißt es: »Viele ältere Menschen haben für diese Politik kein Verständnis. Sie fragen, warum sie einen Sonderbeitrag für das Krankengeld zahlen sollen, obwohl sie diese Leistung überhaupt nicht mehr in Anspruch nehmen können. Sie fragen, was ihre eingezahlten Beiträge noch wert sind, wenn die politisch Verantwortlichen das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente immer weiter absenken. Und sie sind besorgt, dass diese Politik für ihre Kinder und Enkel in einem der reichsten Länder der Welt vermehrt zu Kinder- und Altersarmut führt.«

Das Gremium betont: »Da nach 15 Jahren deutscher Einheit noch immer zwei Rentenrechtsgebiete fortbestehen und der aktuelle Rentenwert Ost seit dem 1. Januar 2003 bei 87,9 Prozent des aktuellen Rentenwertes West liegt, muss die Rentenanpassung zum 1. Januar 2005 nach zwei Jahren Pause einen weiteren Schritt zur Rentenangleichung Ost-West ermöglichen.«

Zu neuerlichen Äußerungen von Bundesministerin Ulla Schmidt erklärt der Bundesgeschäfts-

führer, Dr. Bernd Niederland: »Im Unterschied zur Bundesregierung sind wir der Meinung, dass angesichts der Gewinnzuwächse der Konzerne und Unternehmen weder Erwerbstätige noch Rentner Opfer von Kürzungen sein müssen.«

Quelle: Presseinformation Nr. 18/2005
der Volkssolidarität



Mitteilung aus anderen Verbänden

Wie uns vom Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH), Landesverband Thüringen, bekannt wurde, fordert er die Rentner auf, gegen die Erhöhung der Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner zum 1. Juli 2005 um 0,9 Prozent, ohne dafür eine entsprechende Gegenleistung zu erhalten, Widerspruch einzulegen.

Wir bitten um Verständnis dafür, dass im Interesse der Konzentration unseres Vereins und der anwaltschaftlichen Vertretung auf die Beseitigung der Strafrete jeder ein solches Rechtsmittelverfahren selbstständig führen muss. Auch kann ISOR dafür keine Muster zur Verfügung stellen oder andere Leistungen übernehmen.

PS: Das BRH-Muster des Widerspruchs mit ausführlicher Begründung finden Sie auf unserer Internetseite:

www.isor-sozialverein.de unter »Hilfen«

Von Mitglied zu Mitglied:

Berichtigung: In unserer Ausgabe März 2005 wurde für die angebotene Ferienwohnung in Altlandsberg versehentlich eine falsche Telefonnummer angegeben.

Richtig ist: 03 34 38 - 6 76 71.

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

LIESBETH BALDAUF, Bln.-Hschh.
GÜNTER BAUTZE, Frankfurt/Oder
HEINZ BEUER, Potsdam-Zentrum
HERTA BORWEDEL, Neustrelitz
KURT BRESLER, Geithain
WILLY BRÜCKNER, Frankfurt/Oder
MARTIN DERASCH, Bln.-Marzahn
EDITH DIETZSCH, Bln.-Hschh.
HARRY DÖRNER, Halle
HANS ECKART, Bln.-Pankow
ANNELIESE EHNERT, Bln.-Hschh.
RUDOLF EVERSMAYER, Templin
GISELA FISCHER, Bln.-Friedrichsfelde
JÖRG GABRIEL, Bln.-Weißensee
GÜNTER GREBE, Bln.-Lichtenberg
RICHARD GRUBITZ, Bln.-Köpenick
FRIEDHELM GRUNST, Königs Wusterhausen
IRENE HAASE, Bln.-Friedrichsfelde
GERD HÄDICKE, Halle
LOTHAR HARTMANN, Jena u. Jaderberg
HELMUT HEIM, Bln.-Friedrichsfelde
KLAUS KALKOFEN, Potsdam-Zentrum
MANFRED KOCHAN, Bln.-Friedrichsfelde
KURT KÖNIG, Mühlhausen
WALTRAUD KOTEK, Bln.-Kaulsdorf
LISBETH KRAMER, Erfurt
GÜNTER KÜNAß, Grünheide
IRMGARD KURZ, Bln.-Lichtenberg

HORST LEITL, Wefensleben
HEINZ LESCHNER, Chemnitz
JOHANNES LÖSCHER, Leipzig
ALFRED MATHE, Dresden
HERBERT MIRTSCHINK, Rostock
ERICH NICKELMANN, Dresden
ERWIN ORWAT, Bln.-Friedrichsfelde
WILLY OTTO, Bln.-Köpenick
GERHARD PARIS, Schwerin
LOTHAR RHEIN, Erfurt
IRMGARD RICHTER, Bln.-Lichtenberg
URSULA RICHTER, Stralsund
GERHARD ROSSOW, Bln.-Pankow
GEORG RZEPKA, Magdeburg
ANNEROSE SCHEERBAUM, Bln.-Hschh.
WILLI SCHRÖDER, Bln.-Pankow
HANS-JÜRGEN SCHWARZ, Potsd./Waldstadt
HEINI SONNTAG, Bln.-Hschh.
URSULA STETEFELD, Leipzig
EDITH WAGNER, Potsd./Waldstadt
HEINZ WARSCHUN, Sassnitz
WALTER WEINERT, Döbeln
GUSTAV WILLMANN, Aschersleben
RAINER WINTER, Bln.-Pankow
VOLKHARDT ZACHARIAS, Bad Langensalza
WALTRAUD ZEHM, Bln.-Lichtenberg
URSULA ZIGGEL, Bln.-Friedrichshain

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 30.03.2005

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27.04.2005

Einstellung im Internet: 06.05.2005

Auslieferung: 12.05.2005

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Donnerstags von 15 bis 18 Uhr